

Vom Malacananang zur Bonner Republik

Studientag des philippinenbüros 2004

von Reinhold Schlimm

Bei den Wahlen im Mai wird in den Philippinen nicht nur die Präsidentschaft neu bestimmt, sondern auch es stehen auch zahlreiche Senatoren, Abgeordnete, Gouverneure und lokale Politiker zur Wahl. Um vor diesem wichtigen Ereignis die gesellschaftliche Ausgangssituation, die politischen Trends und die möglichen Zukunftsaussichten noch einmal tiefer zu beleuchten, fand am 20. März ein Studientag des philippinenbüros statt: »Zwischen Demos und Demokratisierung – Die Philippinen vor den Wahlen«.

Diese Tagesveranstaltung im Bonner »Haus der Kirche« war auch mit der Mitgliederversammlung des Trägervereins verbunden und ersetzte so das obligatorische Frühjahrsseminar, das die letzten drei Male in Oberursel stattfand. 30 Interessierte waren der Einladung gefolgt; die beiden Referate wurden von Daniel B. Ong, Entwicklungsberater aus Köln, und Dorothy-Grace M. Guerrero, Promotionsstipendiatin aus Duisburg, gehalten.

Danny Ong stellte heraus, dass die philippinischen Wahlen immer ein festliches, unterhaltsames, gewaltsames und betrügerisches Ereignis sind, welches schon mehrfach in einer sonderbaren Wechselwirkung zu den Massenerhebungen auf der EDSA stand. Die »freien und demokratischen Wahlen«, mit denen die abrupten Machtwechsel der EDSA-Ereignisse legitimiert werden sollten, verhinderten gleichzeitig radikale Systemwechsel.

Sie gaben – nach der Einschätzung des alternativen Friedensnobelpreisträgers Warden Bello – dem einfachen Volk nur scheinbar die Möglichkeit, mitzumischen. Indem aber immer nur aus verschiedenen Kandidaten der Elite ausgewählt werden kann, zementieren die Wahlen bisher erfolgreich den Status Quo.

Reinhold Schlimm ist Vorstandsmitglied des philippinenbüros

Ong beschrieb den seit Präsident Estrada deutlich gewordenen Trend bei den Kandidatentypen: Die *Trapo*-Politiker vom alten Schlage, die zum Teil noch aus der Marcoszeit kommen, werden von immer mehr (ebenso reichen) Medienstars und anderen Berühmtheiten (*Celebrities*) als Kandidat/innen herausgefordert – oder gehen mit diesen aus Funk und Fernsehen bekannten Nicht-Politikern Bündnisse ein.

Personen statt Programme

Die *Celebrities* können auf die Stimmen der Armen, auf den großen Batzen der Stimmen der Armen (*masa vote*) hoffen, denn bei den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten hat sich Wahlmüdigkeit und politischer Zynismus noch nicht in dem Maße breit gemacht wie in der Mittelklasse. Voraussetzung ist natürlich ein wirkungsvoller Wahlkampf mit den entsprechenden Vor-Ort-Auftritten, Versprechungen und Geschenken. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der allmähliche Übergang vom Englischen als Wahlkampfsprache zum volksnäheren Tagalog.

Eine von den Parteilisten erhoffte Trendwende weg von der Personenpolitik hin zu den »auf der Straße liegenden« Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist dage-

gen weniger zu beobachten und ist bei den unverändert teuren Kandidaturen und Wahlfeldzügen auch nicht so schnell zu erwarten. Ironischerweise verlangen ja sogar die von der maoistischen New Peoples Army in den von ihnen kontrollierten Gebieten verlangten »Abgaben«, dort Wahlkampf betreiben zu dürfen (*Permits to campaign*) Kandidaten mit gut gefüllter Wahlkampfkasse.

Danny Ong zog auch eine Bilanz der bisherigen Präsidentschaft von Gloria Macapagal-Arroyo. In mindestens fünf kritischen Situationen sei es ihrer Regierung nicht gelungen, in der jeweiligen Krise die Chance für eine Neuausrichtung der Politik zu ergreifen: vom Korruptionsverfahren gegen Estrada über die asiatische Finanzkrise bis hin zum Erstarken der Abu Sayyaf im Westen Mindanaos. Arroyos aussichtsreichste Herausforderer wurden ebenfalls kurz vorgestellt und die recht unstillen Zweckbündnisse der drei großen Wahlkampfkoalitionen beleuchtet.

Im Referat von Dottie Guerrero lag der Schwerpunkt auf dem wichtiger werdenden System der Parteilisten. Die Möglichkeit, mit Parteilisten zu den Wahlen anzutreten, stellt zwar eine Chance für zivilgesellschaftliche Initiativen dar, ist aber mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden. Am gravierendsten wirkt sich wohl aus, dass die Einrichtung des Parteilistensystems mehr als der